

Industrie | 21.08.2014 | Lesezeit 2 Min.

Die Chemie muss stimmen

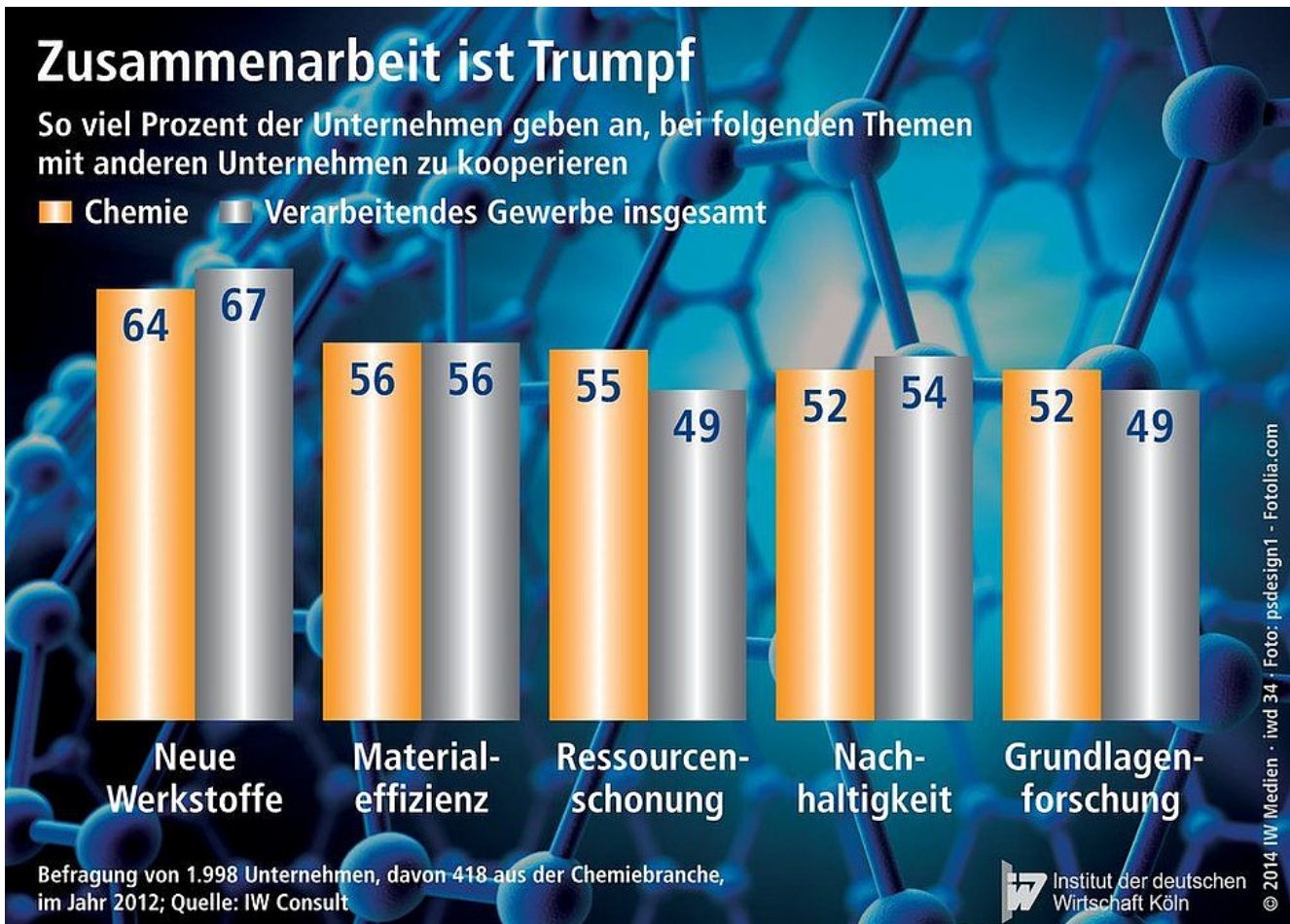
Die Unternehmen der chemischen Industrie gehören zu den größten Trümpfen des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Die Politik macht der Branche allerdings zunehmend das Leben schwer.

Die chemische Industrie ist für die deutsche Wirtschaft das, was die Top-Clubs für die Fußballbundesliga sind: Aushängeschild, Vorreiter, Champions-League-Teilnehmer. Das zeigt schon eine einzige Zahl:

Erhöht sich die Nachfrage nach chemischen Produkten um 1 Euro, steigt die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland um mehr als 2 Euro.

Im Produzierenden Gewerbe hat nur die Stahlbranche eine höhere Hebelwirkung. Allerdings gilt auch der Umkehrschluss: Bei einem Nachfragerückgang nach chemischen Gütern sinkt die gesamtwirtschaftliche Produktion überproportional.

Die engen Verflechtungen zwischen der Chemie und anderen Branchen gelten auch für die Forschung. So arbeiten zum Beispiel zwei Drittel der Chemie-Unternehmen mit anderen Unternehmen zusammen, um neue Werkstoffe zu entwickeln. Und in Sachen Ressourcenschonung, Nachhaltigkeit und Grundlagenforschung sind Kooperationen ebenfalls an der Tagesordnung (Grafik).



Die daraus entstehenden Impulse für Innovationen sind für die Volkswirtschaft von entscheidender Bedeutung. In einer Befragung der IW Consult gaben 70 Prozent aller Unternehmen in Deutschland an, dass die Innovationskraft energieintensiver Industrien für ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit „sehr wichtig“ oder zumindest „eher wichtig“ sei – und energieintensiv ist die Chemie allemal:

Die chemische Industrie schultert fast ein Fünftel der Energiekosten des Verarbeitenden Gewerbes.

Umso härter trifft es die Branche, wenn politische Maßnahmen wie die Energiewende und die Verschärfung von Klimaschutzvorschriften ihre Kosten noch weiter erhöhen. Schon heute – genau gesagt im zweiten Halbjahr 2013 – kostet Industriestrom in Deutschland fast 30 Prozent mehr als im Durchschnitt der EU-27-Staaten. Der Grund:

Auf den reinen Strompreis von knapp 7 Cent je Kilowattstunde zahlen deutsche Industrieunternehmen noch einmal gut 8 Cent an Steuern und Abgaben, das ist eine Verteuerung um fast 120 Prozent.

Zwar ist der reine Strompreis für Industriefirmen im Durchschnitt der EU-27 mit annähernd 7,6 Cent je Kilowattstunde sogar etwas höher als in Deutschland, dafür fällt der Steueraufschlag mit knapp 56 Prozent aber nicht einmal halb so hoch aus wie hierzulande.

Auch das, was die Politik nicht tut, macht der chemischen Industrie – ebenso wie anderen Wirtschaftszweigen – mehr und mehr zu schaffen. Weil die Branche jedes Jahr Erzeugnisse für gut 80 Milliarden Euro exportiert – das ist mehr als die Hälfte ihrer Produktion –, ist sie auf eine funktionierende Infrastruktur angewiesen, insbesondere auf ein gut ausgebautes Straßennetz.

Davon kann aber in Deutschland kaum noch die Rede sein: Nach Berechnungen des IW Köln sind in den kommenden zehn Jahren mindestens 40 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen erforderlich, allein um die Fernstraßen zu sanieren und die vorhandenen Engpässe auf Autobahnen und Umgehungsstraßen zu beseitigen.

Kernaussagen in Kürze:

- Die Unternehmen der chemischen Industrie gehören zu den größten Trümpfen des Wirtschaftsstandorts Deutschland.
- Erhöht sich die Nachfrage nach chemischen Produkten um 1 Euro, steigt die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland um mehr als 2 Euro.

- Da Branche jedes Jahr Erzeugnisse für gut 80 Milliarden Euro exportiert, ist sie auf eine funktionierende Infrastruktur angewiesen, insbesondere auf ein gut ausgebautes Straßennetz.